

Martin Beck · Cilja Harders · Annette Jünemann  
Stephan Stetter (Hrsg.)

Der Nahe Osten im Umbruch

# Politik und Gesellschaft des Nahen Ostens

Die Herausgeber:

Dr. Martin Beck ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien und Privatdozent am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg

Dr. Cilja Harders ist Professorin für Politikwissenschaft und Leiterin der „Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients“ am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin

Dr. Annette Jünemann ist Professorin für Politikwissenschaft am Institut für Internationale Politik der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

Dr. Stephan Stetter ist Professor für Internationale Politik und Konfliktforschung an der Universität der Bundeswehr München

Die Reihe „Politik und Gesellschaft des Nahen Ostens“ beschäftigt sich mit aktuellen Entwicklungen und Umbrüchen im Nahen Osten – einer Region, die von hoher globaler Bedeutung ist und deren Dynamiken insbesondere auch auf Europa ausstrahlen. Konflikt und Kooperation etwa im Rahmen der euro-mediterranen Partnerschaft, der Nahostkonflikt, energiepolitische Fragen, Umweltprobleme, Migration, Islam und Islamismus sowie Autoritarismus sind wichtige Stichworte. Der Schwerpunkt liegt auf politikwissenschaftlichen Werken, die die gesamte theoretische Breite des Faches abdecken, berücksichtigt werden aber auch Beiträge aus anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen, die relevante politische Zusammenhänge behandeln.

Martin Beck · Cilja Harders  
Annette Jünemann  
Stephan Stetter (Hrsg.)

# Der Nahe Osten im Umbruch

Zwischen Transformation  
und Autoritarismus



**VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2009

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2009

Lektorat: Frank Schindler

Redaktionelle Bearbeitung: Helke Dreier, M. A.

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe  
Springer Science+Business Media.

[www.vs-verlag.de](http://www.vs-verlag.de)



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg  
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel  
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier  
Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-15607-1

# Inhalt

## Einleitung

Der Nahe Osten im Umbruch: Zwischen Transformation und Autoritarismus <i>Martin Beck, Cilja Harders, Annette Jünemann, Stephan Stetter</i>	7
--	---

## A. Renten und Transformation im Nahen Osten

Rente und Rentierstaat im Nahen Osten <i>Martin Beck</i>	25
Materielle Ressourcen und der Beginn orthodoxer Wirtschaftsreformen in Marokko, Tunesien, Ägypten und Jordanien. Der Rentierstaats-Ansatz unter Anpassungsdruck? <i>Thomas Richter</i>	50
Dynamik der Staatsklasse zwischen Konsolidierung und Segmentierung am Beispiel Algerien <i>Rachid Ouaiassa</i>	78
Der Rentierstaats-Ansatz und aktuelle Debatten in den Internationalen Beziehungen <i>Rolf Schwarz</i>	100
Konkurrenz, Kooperation oder gegenseitige Akzeptanz? Zum Spannungsverhältnis zwischen Staatsklasse und Drogenrentiers in Afghanistan <i>Florian Kühn</i>	126

## **B. Transformation und externe Demokratieförderung im Nahen Osten**

- Externe Demokratieförderung im südlichen Mittelmeerraum:  
Ein rollentheoretischer Erklärungsansatz für die Kluft zwischen  
Anspruch und Wirklichkeit in den EU-Außenbeziehungen  
*Annette Jünemann* 151
- Externe Demokratisierung „by design“ und „by default“:  
Politischer Wandel in Algerien durch die EU?  
*Melanie Morisse-Schilbach* 175
- Externe Strategien der Transformation:  
Die Demokratieförderung der Europäischen Union und Spaniens  
in Marokko aus der Perspektive der Transformationsforschung  
*Maria Losada* 199

## **C. Soziale Dynamiken der Transformation im Nahen Osten**

- Die globale Konstruktion des Nahen Ostens:  
Eine weltgesellschaftstheoretische Verortung Palästinas  
und Jerusalems  
*Stephan Stetter* 227
- Transformation und Gender im Nahen Osten  
*Renate Kreile* 253
- Identitäten in translokalen Räumen Islam in der  
arabischen Öffentlichkeit  
*Carmen Becker* 277
- Politik von unten – Transformation jenseits politischer Eliten  
*Cilja Harders* 299

- Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 325

# **Einleitung**

## **Der Nahe Osten im Umbruch: Zwischen Transformation und Autoritarismus**

*Martin Beck, Cilja Harders, Annette Jünemann, Stephan Stetter*

Nicht erst seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wird die Region des Nahen Ostens – d. h. der Länder des Maschriq einschließlich Israels, des Maghreb sowie der arabischen Golfanrainer, der Türkei und des Irans – mit anhaltend gewaltsam ausgetragenen zwischen- und innerstaatlichen Konflikten, Terrorismus, mangelnder Demokratie und verpassten sozio-ökonomischen Entwicklungschancen in Verbindung gebracht. Unter dem Stichwort „Middle Eastern Exceptionalism“ wird diskutiert, woran es in weiten Teilen des Nahen Ostens, insbesondere den arabischen Ländern, mangelt: Wahrung der Menschenrechte, Gleichberechtigung der Geschlechter, gute Regierungsführung, demokratische politische Kultur, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und nicht zuletzt Demokratisierung. Die Staaten und Gesellschaften des Nahen Ostens sind unbestritten mit besonders schwerwiegenden politischen, ökonomischen und sozialen Krisen konfrontiert, was nicht zuletzt die von arabischen AutorInnen verfassten UN-Berichte zur menschlichen Entwicklung in der Region aufzeigen (UNDP 2002; 2003; 2005; 2006).

Wie andere Weltregionen auch, ist der Nahe Osten von tiefgreifenden Wandlungsprozessen durchzogen, die oftmals unter dem Stichwort ‚Globalisierung‘ subsumiert werden. Im Unterschied zu vielen anderen Weltregionen verlaufen diese Entwicklungen im Nahen Osten allerdings weder in Richtung Demokratie noch dynamischer Marktwirtschaft. Die widersprüchlichen und ungleichzeitigen Prozesse, die sich im Nahen Osten beobachten lassen, können aus politikwissenschaftlicher Sicht auf die Formel „Transformation ohne Transition“ (C. Harders in diesem Band) gebracht werden. Hierfür wesentlich mitverantwortlich ist das Beharrungsvermögen des Rentierstaates im Nahen Osten: Auf der Basis externer Einnahmen, denen keine eigenen Investitionsleistungen gegenüberstehen, blockieren der Staat und die von ihm privilegierten Eliten eine Demokratisierung und eine sozioökonomisch produktive, von unabhängigen gesellschaftlichen Gruppen getragene Entwicklung (M. Beck in diesem Band).

Der vorliegende Band nimmt die vielfältigen Veränderungsprozesse im Nahen Osten jenseits von Exotismus und Kulturalismus in den Blick. Denn die Reformresistenz im Nahen Osten kann nicht befriedigend auf mutmaßlich eherne kulturell-zivilisatorische Alleinstellungsmerkmale der Region zurückgeführt werden, wie dies so häufig in politischen und (populär-)wissenschaftlichen Stellungnahmen insinuiert wird. Vielmehr müssen für eine substantielle Erklärung dieser Resistenz allgemeine politikwissenschaftliche Erklärungsansätze mit berücksichtigt werden. Zugleich stellt es sich der vorliegenden Band zur Aufgabe, in der Regionalforschung zum Nahen Osten, die traditionell stärker von der Erstellung rein deskriptiver als theoriebasierter Fallstudien geprägt ist, neue theoretische Anschlussmöglichkeiten zu finden. Entsprechend verknüpfen die Beiträge in diesem Band aktuelle empirische Forschung mit theoretischen Diskussionen in der vergleichenden Regionalforschung, der Friedens- und Konfliktforschung, den Theorien Internationaler Beziehungen, der Transitionsforschung und soziologischen Ansätzen. Ziel ist es, auf den Nahen Osten bezogene transformations-theoretische Fragen mit Konzepten zu verknüpfen, die geeignet sind, sowohl die Spezifika der Region herauszuarbeiten als auch Vergleichsmöglichkeiten zu eröffnen: so der Rentierstaats-Ansatz, der Ansatz der externen Demokratisierung und der Ansatz der transnationalen Vernetzung.

Im Vordergrund der Auseinandersetzung in diesem Band stehen drei Gegenstandsbereiche, die für das Verständnis des modernen Nahen Ostens von herausragender Bedeutung sind: erstens die Auswirkungen von Renten auf die politischen und wirtschaftlichen Systeme des Nahen Ostens (A), zweitens die Rolle externer Akteure bei der Reform politischer Systeme und den damit möglichen Veränderungen von Staatlichkeit (B) sowie drittens gesellschaftliche Transformationsprozesse auf nationaler und globaler Ebene als Ausdruck eines sich wandelnden Verhältnisses von Staat und Gesellschaft in der Region (C).

Die Analyse und Erklärung dieser vielfältigen Prozesse lässt sich mit sehr unterschiedlichen Debatten und Ansätzen in der Politikwissenschaft verknüpfen. Dies geschieht vor dem Hintergrund der Ernüchterung, die in der Forschung eingeleitet ist, nachdem der Demokratisierungsoptimismus, wie er durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und dem damit verbundenen vermeintlichen „Ende der Geschichte“ ausgelöst worden war, verflogen ist (F. Fukuyama 1992). Vielmehr wurde durch die zentrale Bedeutung, die dem Nahen Osten für die Genese des globalen Terrorismus zukommt, zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein neues Kapitel in der Geschichte der Region und ihrer Rolle im internationalen System aufgeschlagen. Dies bestätigt gewissermaßen die von Barry Buzan, Ole Wæver und Jaap de Wilde (1998) eingeführte Kategorie der „Securitization“ als zentrales Movers der regionalen Politik im Nahen Osten. Die Überformung aller Politikfelder durch sicherheitspolitische Belange hat durchaus problematische,

jedenfalls weitreichende Auswirkungen sowohl auf die internen als auch die externen Ansätze zur Demokratieförderung (A. Jünemann 2004). Die starke Präsenz (wieder-)erstarkender regionaler Führungsmächte in anderen Weltregionen – allen voran China und Russland – und die Prägung der Politik im Nahen Osten durch undemokratische regionale Akteure wie Iran, Saudi-Arabien und Ägypten haben die Demokratisierungshoffnungen der letzten Dekade ebenfalls stark abgeschwächt.

Im vorliegenden Band stehen vor dem Hintergrund dieser politischen Großwetterlage drei zentrale Forschungsperspektiven im Zentrum:

(A) Der durch den programmatischen Sammelband von Hazem Beblawi und Giacomo Luciani (1987) geprägte Rentierstaats-Ansatz greift zentrale renten- und staats-theoretische Aspekte auf und verdichtet sie in einer für die Analyse der Region des Nahen Ostens fruchtbaren Weise. Der Ansatz hat die Diskussion über die sozioökonomische und politische Entwicklung der Region nachhaltig belebt – in der Tat handelt es sich um eines der wenigen ausgearbeiteten theoretischen Konzepte zur Analyse des Nahen Ostens. Seine beiden Hypothesen lauten, dass es in Staaten mit hohem Rentenbezug zum einen zur Herausbildung wirtschaftlich ineffizienter und zum anderen zur Entwicklung autoritärer Staaten kommt. Die Plausibilität dieser Hypothesen beruht darauf, dass Renten ihren Empfängern zur freien Disposition stehen. Da ihnen keine Arbeits- und Investitionsleistungen gegenüberstehen, sind Rentenempfänger im Unterschied zu Unternehmen vom Zwang befreit, einen gut Teil ihrer Einkommen zu reinvestieren, um auch in Zukunft Einkommen erzielen zu können. Sofern die Empfänger von Rente kein intrinsisches Interesse an Demokratie und Entwicklung haben – und dies ist im Nahen Osten ebenso selten der Fall wie in vielen anderen Weltregionen –, werden sie das ihnen zur freien Verfügung stehende Einkommen nutzen, um sich selbst zu privilegieren sowie ihre Herrschaft zu legitimieren (H. Elsenhans 1981).

Im Kontext autoritärer Herrschaft und deformierter Wirtschaftssysteme sind die Kontextbedingungen im Nahen Osten für eine produktive und demokratieförderliche Verwendung der Rente denkbar schlecht. Veränderungen dieser Systeme sind nur bei Aufkommen einer Rentenkrise zu erwarten, da diese die Handlungs- und Verteilungsmöglichkeiten der Regime einschränkt und damit kurz- und mittelfristig zu Anpassungs- und Veränderungszwängen führt (C. Schmid et al. 1990).

Diese strukturtheoretischen Grundannahmen sind weiterentwickelt worden: Zum einen stellt sich der Ansatz der Frage abweichender Fälle und erreicht somit eine theoretische Differenzierung, indem er spezifische Kontextbedingungen für typisches bzw. a-typisches Verhalten des Rentierstaates herausarbeitet (M. Beck 2007b). Zum anderen differenziert sich der Ansatz weiter aus, indem er Ver-

knüpfungen mit anderen Konzepten und Kategorien eingeht. So untersucht Thomas Richter in diesem Band die Rolle externer Geldgeber für die Vermeidung rentenkrisisinduzierter Anpassungsprozesse, während Rachid Ouaisa eine bourdieusche Interpretation des Rentenansatzes von Hartmut Elsenhans (1981) vornimmt und Rolf Schwarz den Rentierstaats-Ansatz mit aktuellen Debatten in den Internationalen Beziehungen verbindet. Florian Kühn schließlich behandelt den Zusammenhang von Kooperation und Konkurrenz zwischen Empfängern von Renten anhand einer spezifischen Rentenart – der Drogenrente.

(B) In der Forschung existiert eine ausgedehnte Diskussion darüber, welche Rolle externe Akteure für die politischen und ökonomischen Entwicklungen im Nahen Osten spielen. Im Kern stehen sich dabei eher dependenztheoretische Analysen und solche Ansätze gegenüber, die die Eigenständigkeit regionaler Handlungsmöglichkeiten hervorheben. So kennzeichnet Leonard Binder (1958) in seiner frühen Studie den Nahen Osten als untergeordnetes (*subordinate*) System. Tareq Ismael (1986) und Peter Pawelka (1993) streichen die Rolle imperialer Akteure und deren Durchdringung regionaler Strukturen heraus. Carl Browns (1984) historische Aufarbeitung und die Analyse Volker Perthes' (2000) zur aktuellen internationalen Politik in der Region betonen gegenüber diesen eher auf Dependenz zielenden Arbeiten die regionale Handlungsautonomie (siehe auch L. L. Fawcett 2005). Der Großmächteinfluss wird regional „gebrochen“ (M. C. Hudson 1999). Auch bei zentralen Politikfeldern wie der regionalen Erdölpolitik ist sich die Forschung in der Einschätzung des Grades regionaler Autonomie uneins (siehe M. Beck 2003).

Außer Zweifel steht, dass nicht nur der Irak, sondern auch die anderen Staaten des Nahen Ostens seit den Anschlägen vom 11. September erneut mit massiven externen Interventionen konfrontiert sind. Diese Eingriffe bilden eine höchst komplexe – und häufig prekäre – Mischung aus militärischen Interventionen, geostrategischen Neuordnungsversuchen, Demokratisierungskampagnen, Intensivierung von Handlungsbeziehungen und Sicherheitskooperation, Anreizen für verbesserte regionale Zusammenarbeit und Restrukturierung von Entwicklungs- und Militärhilfe (C. Harders 2008). Die militärischen Interventionen der USA und ihrer Verbündeten haben in der Fachdiskussion viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen. In diesem Kontext ist es bedeutsam, dass die US-Regierung George W. Bushs, wie Condoleezza Rice (2006) unter dem Stichwort *transformational diplomacy* in einer programmatischen Rede im Januar 2006 ausführte, offiziell auf die Unterstützung politischer Reformprozesse zu setzen und künftig auf gewaltsame Regimewechsel verzichten zu wollen. Dem angekündigten Strategiewandel steht jedoch gegenüber, dass auf ausbleibende Erfolge sowohl im Irak als auch in Afghanistan primär mit einer Aufstockung der militärischen Präsenz reagiert wurde, ohne eine überzeugende Kurswende im Bereich ziviler

Strukturen zu präsentieren. Für Barack Obama als Nachfolger Bushs im Amt des US-Präsidenten wird der Nahe Osten und die Frage nach einem Strategiewandel eine zentrale Herausforderung bleiben. Angesichts der großen politischen und ökonomischen Belastung, die das US-amerikanische Engagement im Irak darstellt, ist einerseits nicht zu erwarten, dass die neue Regierung auf eine Ausweitung militärischer Optionen setzt, wie sie im Irak 2003 ergriffen wurden. Die USA werden sich angesichts der strategischen Bedeutung des Nahen Ostens aber auch nicht einfach aus der Region zurückziehen können und wollen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit Obama stärker als sein Vorgänger Verbündete innerhalb und außerhalb der Region systematisch in die Entscheidungsprozesse mit einbezieht.

Die Beiträge zur externen Demokratieförderung in diesem Band konzentrieren sich allerdings schwerpunktmäßig nicht auf die Rolle der USA, sondern vorwiegend auf jene der EU und ausgewählter Mitgliedstaaten, die externe Demokratieförderung als Mittel der friedlichen Intervention einsetzen (A. Jünemann et al. 2007). Zentrales Anliegen dieses Bandes ist es dabei, die häufig normativ geführte Diskussion mit theoretischen Ansätzen der empirisch-analytischen Forschung zu verknüpfen, vor allem der Transformations- und der Rollentheorie. Transformationstheorien untersuchen in strukturtheoretischer Tradition, ob Demokratisierung als Ergebnis sozioökonomischer und kultureller Veränderungen, oder in akteurstheoretischer Ausrichtung, ob Demokratisierung als Folge eines Elitenpaktes stattfindet (M. Beck 2007a).

Die außenpolitische Rollentheorie argumentiert aus konstruktivistischer Perspektive. Sie geht davon aus, dass das internationale System – wie jedes soziale System – eine Rollenstruktur ist, die in sozialen Interaktionsprozessen produziert und reproduziert wird. Folglich beeinflussen die durch die internationalen Akteure übernommenen Rollen bzw. die innenpolitisch generierten Rollenkonzeptionen die außenpolitischen Interessen und Handlungen von Staaten (M. Lerch 2004). Dieser Ansatz ermöglicht es, die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit der EU-Demokratieförderung im Nahen Osten besser zu verstehen (A. Jünemann in diesem Band).

(C) Zu den zentralen innergesellschaftlichen Transformationsdynamiken im Nahen Osten zählen die Restrukturierung von Geschlechterverhältnissen, die Veränderung politischer Kultur und Öffentlichkeit durch neue Medien, aber auch der demografische Wandel oder die Folgen von inner-arabischer und arabisch-europäischer Migration für die betroffenen Gesellschaften. Diese Prozesse werden im vorliegenden Band makro- und mikrotheoretisch, etwa unter Rückgriff auf die Weltgesellschaftstheorie, Ansätze einer „Politik von unten“ und geschlechtertheoretische Debatten und Konzepte wie „Translokalität“ aufgearbeitet. Alle diese Ansätze integrieren Modelle und Konzepte einer auf transnatio-

nale Dynamiken ausgerichteten Forschungstradition in die politikwissenschaftliche Behandlung des Nahen Ostens. Die weltgesellschaftliche Perspektive fragt insbesondere nach sich vor einem ‚globalen Horizont‘ vollziehenden Formen des Politischen im Nahen Osten, sei es in Bezug auf politische Semantiken oder auch konkrete politische Strukturen (S. Stetter 2008). Die Analyse dieser Aspekte aus weltgesellschaftlicher Perspektive ist vor allem deswegen relevant, weil sie auf Prozesse der funktionalen Differenzierung mit komplexen und dabei stets weltgesellschaftlich orientierten Aushandlungsprozessen in Bezug auf die Verteilung politischer Macht verweisen (S. Stetter in diesem Band).

Damit eng verbunden sind Fragen der Staatlichkeit, deren Analyse in diesem Band insbesondere als eine „Staatsanalyse von unten“ konzeptionalisiert wird, die sich an Überlegungen von Jean-François Bayart zu „Politik von unten“ (J.-F. Bayart et al. 1992) und Joel Migdals „Staat in der Gesellschaft“ (J. Migdal 2001) anschließt. Diese Perspektive interessiert sich für die symbolisch-diskursiven, sozialen, politischen und ökonomischen Fundamente der politischen Systeme in der Region. Staatliche Herrschaft wird dabei als umstrittene Hegemonie zwischen Repression, Kooptation und widerständigem Alltagshandeln aufgefasst (C. Harders 2002). Translokaltät als Analyserahmen beschreibt schließlich, wie Änderungen in Interpretationsmustern und Ideenwelten über soziale und politische Gemeinschaften hinweg interagieren und neue Orte zur Konstruktion politischer Identitäten und Diskurse bilden. In diesem Sinne ist beispielsweise die arabische transnationale Öffentlichkeit ein translokaler Ort, an dem Identitäten und Definitionen aufeinander treffen und interagieren (C. Becker in diesem Band). Die daraus entstehenden Normen oder Vorstellungen über das ‚Angemessene‘ (*appropriateness*) wirken wieder auf politische Systeme, Akteure und lokale Prozesse zurück.

Die vorliegende Einleitung abschließend sollen nun die drei Teile des Buches und ihre Beiträge im einzelnen zusammenfassend vorgestellt werden.

Teil A untersucht den Zusammenhang von Renten und Transformationsprozessen im Nahen Osten: In welcher Weise beeinflussen Renten die Transformationsprozesse in der Region? Gemäß der Hypothesen des Ansatzes ist davon auszugehen, dass Renten die Transition in Richtung Demokratie und sich selbst tragender marktwirtschaftlicher Strukturen blockieren. Darüber hinaus werden aber auch spezifische Wirkungen auf die komplexen Wandlungsprozesse im Nahen Osten untersucht.

Martin Beck stellt sich in seinem Beitrag der Aufgabe, eine kritische Würdigung des Rentierstaats-Ansatzes vorzunehmen. Dabei verweist er zum einen auf erbrachte Leistungen, aber auch auf vernachlässigte Aspekte und widmet sich zum anderen offenen Forschungsfragen. Vor diesem Hintergrund versucht er Wege aufzuzeigen, wie die Forschungsprobleme des Rentierstaats-Ansatzes

konkret bearbeitet werden können. Dabei wird zunächst dargelegt, dass die Kategorie der Rente weit mehr als nur externe Erdöleinnahmen umfasst und sich auch gewinnbringend auf externe Hilfszahlungen (politische Renten) und transnationale Überweisungen von Arbeitsmigranten (Migrantenrenten) anwenden lässt. Der Nahe Osten ist also nicht nur aufgrund der Erdölrente jene Weltregion, in der global die höchsten Rentensummen akquiriert werden. Damit eröffnet sich auch eine Perspektive auf die Region, die weit über die erdölexportierenden Staaten hinausweist und genauso ressourcenarme Akteure wie auch Analyseebenen jenseits des Staates mit einschließt. Zu den Vorzügen des Rentierstaats-Ansatzes gehört eine vergleichsweise hohe theoretische und methodologische Präzision, die sich u. a. in einer eindeutigen, auch quantitativen Messungen zugänglichen Definition sowie einer klaren Trennung zwischen unabhängiger und abhängiger Variable äußert. Es ist allerdings kritisch zu vermerken, dass theoriegeleitete Analysen zum Nahen Osten diese konzeptionellen Vorzüge des Rentierstaats-Ansatzes bisher zu wenig in Wert gesetzt haben. Die Forschung zum Nahen Osten, die sehr häufig eher die anhand anderer Regionen entwickelten Ansätze übernimmt als sie selber zu prägen, besitzt hier die – bisher kaum genutzte – Chance, auf die Forschung zu anderen Regionen auszustrahlen. Auf dem Weg dorthin zeigt der Autor Forschungshorizonte auf, sprich Möglichkeiten der Verknüpfung grundlegender Handlungs- und Strukturebenen im „rententheoretischen Dreieck“ von Rente, Rentier und Rentengeber, zentralen Kategorien der sozialwissenschaftlichen Forschung wie Kooperation und Rationalität sowie unterschiedlichen Forschungsansätzen im Bereich empirischer versus normativer Konzepte. Dabei werden auch Möglichkeiten zur konkreten Bearbeitung von Forschungsdesiderata aufgezeigt.

Thomas Richter behandelt in seinem Beitrag *Zeitpunkt und Reichweite ökonomischer Liberalisierung und Renten in Marokko, Tunesien, Ägypten und Jordanien*. Der Beitrag geht der Frage nach, warum Staaten eine Änderung ihrer wirtschaftspolitischen Regelsetzungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten einleiten, obwohl sie identischen globalen Herausforderungen gegenüberstehen. Um diese Frage zu beantworten, werden die ökonomischen Strukturanpassungsprozesse in den vier Ländern seit den frühen 1970er Jahren analysiert. Trotz eines erkennbaren Trends in Richtung Abbau von Marktrestriktionen kam es – entgegen der landläufigen Meinung und dem ausgeprägten Wunsch der neo-liberalen Entwicklungsökonomie – in diesen Staaten weder zu einem automatischen Anpassungsmechanismus noch zu einer synchronen Konvergenz der Institutionen des Marktes in Richtung neo-klassischer Orthodoxie. Marokko und Tunesien haben bereits relativ früh in den 1980er Jahren ihre wirtschaftspolitische Regelsetzung unter der Regie von IWF und Weltbank angepasst, während Ägypten und Jordanien erst Anfang der 1990er Jahre orthodoxe Anpassungsprogramme

implementierten. Es wird argumentiert, dass Veränderungsdruck in Richtung neo-klassischer Wirtschaftsreform und deren Beginn insbesondere an Veränderungen der dem Staat zur Verfügung stehenden Ressourcenmischung festgemacht werden kann. Allein unter den Bedingungen einer fiskalischen Krise des Staates, sprich drohender Zahlungsunfähigkeit, gewinnen externe Akteure und damit marktliberale Vorstellungen über ökonomische Veränderungen an Einfluss. Aus dieser Perspektive ist der Beginn orthodoxer wirtschaftspolitischer Reformen im Nahen Osten durch die geostrategische Position eines Landes im regionalen und internationalen System gebrochen: Im Vergleich zu Marokko und Tunesien hatten Ägypten und Jordanien weiter Zugang zu nicht-konditionalen fiskalischen Alternativen und konnten daher eine orthodoxe Liberalisierung ihrer wirtschaftspolitischen Regelsetzung länger hinauszögern. Dieses Forschungsergebnis bereichert den Rentierstaats-Ansatz, der Varianzen bei der Implementierung von Reformen mit dem bisherigen Instrumentarium nur unzureichend erklären konnte.

Rachid Ouaisa argumentiert in seinem Beitrag anhand einer Untersuchung am Beispiel Algeriens, dass die Erschöpfung von Renten zwar zur teilweisen Öffnung der Staatsklassen für weitere gesellschaftliche Segmente, aber nicht zu deren komplettem Niedergang führt. Die Knappheit der Rente löst vielmehr eine Segmentierung der Staatsklasse aus. Aufgrund sinkenden Rentenaufkommens fällt ein wichtiges Element der Kohäsion der verschiedenen Segmente der Staatsklasse weg, nämlich ein gemeinsames ökonomisches und politisches Programm. Deswegen greifen die verschiedenen Segmente der Staatsklasse auf unterschiedliche Kapitalsorten im Sinne Pierre Bourdieus (1998) zurück, um Legitimationskrisen infolge sinkender Renten zu bearbeiten. Am Beispiel Algeriens wird gezeigt, wie die Staatsklasse nach der Ölkrise von 1986 unterschiedliche Strategien entwickelt hat, um die finanziellen Engpässe zu überstehen. Zu diesen Strategien gehörten Liberalisierung und Demokratisierung. Jedoch führte die erste Strategie (Liberalisierung) zu zunehmender Verarmung der urbanen Mittelschichten und damit auch zu deren Ablösung von der Staatsklasse. Dies wiederum ließ auch die zweite Strategie scheitern (Demokratisierung), weil die desorientierten Mittelschichten der islamistischen FIS (Front Islamique du Salut) bei den ersten freien parlamentarischen Wahlen zum Sieg verhalfen. Nach dem Wahlabbruch durch die Armee und dem Putsch von 1992 bot sich der Staatsklasse eine neue Möglichkeit, Gewaltmanipulation als Kohäsionsmittel zu nutzen und gleichsam als neue Strategie einzusetzen, um Finanzspielräume und damit auch ihre Handlungsfähigkeiten zu erweitern.

Rolf Schwarz behandelt in seinem Beitrag die Möglichkeiten des Rentierstaats-Ansatzes für die Analyse politischer Systeme des Nahen Ostens. Der Beitrag geht von der Beobachtung aus, dass der Staat eine zentrale Stellung in Theo-

riedebatten der Internationalen Beziehungen einnimmt. Sowohl Realismus als auch die neoliberale Denkschule sehen den Staat als den zentralen Akteur im internationalen System und folgen darin einem dezidiert westlichen Verständnis des Staates als dem Inhaber des Gewaltmonopols. In Studien zur internationalen Sicherheit haben zudem Kategorien wie „schwacher Staat“, „Quasi-Staaten“ und „Staatszerfall“ Eingang gehalten und neue Debatten angeregt. Diese beschränken sich allerdings auf zwei Idealtypen – den „starken“ Staat nach westlichem Modell und den „schwachen“ Staat jenseits der OECD, insbesondere in Afrika. Staaten, die sich weder in das eine noch das andere Muster einordnen lassen, wie beispielsweise die arabischen Staaten, werden in den Debatten weitgehend ignoriert. Der Rentierstaats-Ansatz bildet eine Brücke zwischen diesen beiden Perspektiven und erlaubt es, auch solche Staaten zu analysieren, die gewissermaßen zugleich „starke Staaten“ (im Bereich Sicherheit) und „schwache“ Staaten (im Bereich Repräsentation und Legitimität) sind. Zudem weist der Ansatz den Weg zu einem breiten und allgemeinen Staatsverständnis in den Internationalen Beziehungen, das die interne Form des Staates mit dessen außenpolitischem Handeln verknüpft. Im Fall von Rentierstaaten ist dies die ökonomische Grundlage von Herrschaft, die in Zeiten des Konjunkturaufschwungs die Allokation von Wohlfahrtsleistungen ermöglicht und in Krisenperioden eine Neuaushandlung der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft sowie der Außenpolitik mit sich bringt.

Florian Kühn untersucht den Zusammenhang von Kooperation und Konkurrenz zwischen Empfängern von Drogenrenten und politischen Renten. Am Beispiel Afghanistans wird aufgezeigt, wie ein komplexes Nachkriegsumfeld die Herausbildung von Rentenstrukturen begünstigt. Um dem Staat zu einer gegenüber anderen Akteuren übergeordneten Position zu verhelfen, wurden im Laufe des Staatsbildungsprozesses von externen Akteuren Know-how, Legitimität und finanzielle Ressourcen an staatliche Adressaten transferiert. Im Beitrag wird argumentiert, dass speziell dann, wenn sicherheitspolitische Erwägungen für das internationale Engagement prägend sind, das Menetekel eines Rückfalls in einen gewalttätigen Konfliktaustrag stabilisierend auf Rentenzuflüsse wirkt. Dies hat problematische Folgen: Erstens entwickeln lokale Eliten Expertise, die Standards der Geber einzuhalten, um zukünftigen Zugriff auf weitere Gelder sicherstellen zu können; zweitens versuchen sie, die Deutungshoheit über den politischen Prozess zu erlangen, um so ihre Position gegenüber politischen Konkurrenten zu verbessern; schließlich entwickeln sie ein Interesse daran, eine prekäre Sicherheitssituation aufrecht zu erhalten, weil Stabilität ihre Vormachtstellung als Ansprechpartner und Adressat von Geldern gefährden würde und durch politischen Konkurrenzkampf letztlich ihre Macht in Frage stünde. Gleichzeitig verschränken sich in Afghanistan die Akteursgruppen der Empfänger politischer Renten

bzw. von Drogenrenten: Die von politischen Eliten eingeworbene politische Rente und die stabilisierte Funktion des Staates im internationalen Kontext nutzen der Drogenökonomie. Deshalb haben die Drogenrentiers kein Interesse an einer substantiellen Veränderung der Situation: Ein konsolidierter Staat würde einerseits weniger politische Rente erhalten und die Drogenwirtschaft stärker bekämpfen, während andererseits die Transaktionskosten durch erneute ‚Entstaatlichung‘ steigen würden. Da der Staat auf diese Akteure als Machsträger angewiesen ist, kooperieren sie paradoxerweise mit dem neu geschaffenen Staat, um ihre Konkurrenz zu ihm aufrechterhalten zu können. Dies behindert die von den Gebern angestrebte Stabilisierung und den Aufbau regelungskompetenter Staatlichkeit.

Teil B des vorliegenden Sammelbandes wendet sich der externen Demokratieförderung im Nahen Osten zu. Damit wird ein zentrales Thema der aktuellen internationalen Politik bearbeitet, das freilich großen Unterschieden in den Bewertungen sowohl zwischen westlichen und arabischen Ländern als auch zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in arabischen Ländern unterliegt.

Ausgangspunkt des Beitrags von Annette Jünemann ist der Befund, dass Anspruch und Wirklichkeit der EU-Demokratisierungspolitik im südlichen Mittelmeerraum weit auseinander klaffen. Wie lassen sich die oft beklagten Inkonsistenzen der EU-Demokratisierungspolitik erklären? Der Beitrag geht von der Annahme aus, dass die konstruktivistische Rollentheorie ein fruchtbarer Ansatz sein könnte, um Antworten zu finden, die über simplifizierende Schuldzuweisungen an eine vermeintlich zynische EU oder eine vermeintlich reformunfähige ‚arabische Welt‘ hinausgehen. Aus rollentheoretischer Perspektive steht die EU in einem Konflikt zwischen mehreren außenpolitischen Rollen: ihrer Rolle als externem *Förderer von Demokratie und Menschenrechten*, ihrer Rolle als *sicherheitspolitischem Akteur* sowie diversen nationalen Rollenkonzepten, die mit dem normativ aufgeladenen außenpolitischen Rollenprofil der EU als Ganzes nur bedingt kompatibel sind. Aufgrund dieser vielschichtigen Rollenkonflikte rangiert die externe Förderung der Demokratie auf der Liste außenpolitischer Prioritäten unterhalb aller sicherheitspolitisch relevanten Aspekte. Dem steht jedoch gegenüber, dass die starke Rhetorik, mit der die EU für ihren Demokratieexport in die Region geworben hat, dort (Rollen-)Erwartungen an die EU geweckt hat, die auf die außenpolitischen Interessen und Handlungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten zurückwirken. Dies könnte langfristig zu einer Aufwertung der externen Demokratieförderung auf der außenpolitischen Prioritätenliste der EU führen. Kurzfristig ist jedoch nicht mit einer derartigen Kurskorrektur zu rechnen, wie sich an der weitgehend normfreien Agenda der 2008 ins Leben gerufenen Mittelmeerunion ablesen lässt. Sie wird deutlich von (nationalen) europäi-

schen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen geprägt. Hinzu kommt die wachsende Bedeutung nicht-westlicher internationaler Akteure in der Region wie Russland und China, die einer Aufwertung der externen Demokratieförderung ebenfalls entgegenwirkt.

Melanie Morisse-Schilbach untersucht in ihrem Beitrag am Beispiel der Demokratieförderung durch die EU in Algerien den Einfluss internationaler Organisationen auf Demokratisierungsprozesse in Drittstaaten, das heißt in Staaten, in denen keine Mitgliedschaftsperspektive vorliegt. Konzeptionell unterscheidet der Beitrag zwischen Angebots- und Nachfrageseite von externer Demokratisierung. Auf der Angebotsseite externer Demokratisierung weist die Perspektive von „Demokratisierung by design“ auf eine absichtsvolle Anreizpolitik (Konditionalität, Anreize, gesteuerte Sozialisation) mit dem Ziel des Auslösens (,Initiiere‘) politischen Wandels von außen hin. Die Perspektive von „Demokratisierung by default“ hingegen versteht politischen Wandel als nicht-intendierte Konsequenz von politischen Handlungen in anderen Kontexten. Externe Demokratisierung ist hier Nebeneffekt von Politik, die frei von einem ‚Demokratisierungswillen‘ ist und sich in anderen Handlungskontexten abspielt; politischer Wandel wird von außen lediglich ‚induziert‘. Letztere Perspektive wird in der Forschung häufig vernachlässigt, könnte sich aber für den algerischen Fall als fruchtbar erweisen. Nach einer Darstellung zentraler politischer Akteure und Strukturen in Algerien untersucht die Autorin die Maßnahmen der externen ‚Demokratisierung‘ Algeriens durch die EU als „Demokratisierung by design“. Gefragt wird, welche Akteure die EU durch die Strategie einer Initiierung politischen Wandels in Algerien in der Vergangenheit erreicht hat (Angebotsseite) und welche Strukturen in Algerien hier förderlich bzw. hinderlich waren (Nachfrageseite). Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf „Demokratisierung by default“ als ergänzende analytische Forschungsperspektive zur externen ‚Demokratisierung‘ Algeriens.

Maria Losada thematisiert die Förderung von Demokratie in Mittelmeerdrittstaaten, die aus entwicklungs- und sicherheitspolitischen Gründen an Bedeutung gewinnt. Dieses Thema wird am Beispiel der Demokratieförderung in Marokko durch Spanien und die EU behandelt. Während die EU versucht, sich als Demokratieförderer ein entsprechendes Profil zu bilden, versucht sich Spanien als Fürsprecher der arabischen Welt zu präsentieren. Beide Akteure haben die Förderung von Demokratie in Marokko als ein Ziel ihrer Politik definiert. Doch welcher Annahmen bedient sich die Politik in ihren Strategien? Welches Verständnis von Demokratie wird dabei implizit gefördert? Korrespondieren diese politischen Strategien mit den Erkenntnissen der Transformationsforschung? Transformationstheorien untersuchen, auf welche Weise Demokratisierung stattfindet, d. h. ob sie Ergebnis sozioökonomischer und kultureller Verän-

derungen oder Folge eines Elitenpaktes ist. Demokratieförderung wird als eine Dimension der externen Faktoren in Transformationsprozessen verstanden. Dabei können die externen Akteure grundsätzlich auf zwei Systeme – sozioökonomische und normative – und/oder auf zwei Akteurstypen – staatliche und zivilgesellschaftliche – Einfluss nehmen. Konzeptionell umfasst die Strategie der EU alle vier oben genannten Einflussbereiche. Allerdings wird die Implementierung auf einen bottom-up Ansatz reduziert, d. h. auf die Unterstützung sozioökonomischer Veränderungsprozesse und der Zivilgesellschaft. Die Autorin argumentiert, dass die EU implizit ein Verständnis von Demokratie fördert, das wirtschaftliche und soziale Rechte dem politischen Wettbewerb vorzieht. Spanien betrachtet Demokratisierung grundsätzlich als einen elitenzentrierten Prozess. Die dominante Strategie ist konventionelle Demokratiehilfe und konzentriert sich auf die Förderung der politischen Institutionen. Das spanische Demokratieverständnis betont den positiven Einfluss der demokratischen Institutionen auf die sozioökonomische Entwicklung eines Landes. Diese Strategien sind jedoch inkonsistent. Die EU hat ihr Konzept nicht vollständig in die Praxis umgesetzt, während die spanische Demokratiehilfe nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass das marokkanische Regime bedingungslos unterstützt wird. Auch wenn die bestehenden Inkonsistenzen in beiden Fällen nicht zuletzt auf für Marokko spezifische Sicherheitsüberlegungen zurückzuführen sind, so sind die dargestellten Strategien paradigmatisch für die jeweilige Politik der externen Demokratieförderung.

Teil C behandelt unter dem Stichwort „Soziale Dynamiken und Formen von Transformation im Nahen Osten“ innergesellschaftliche Transformationsdynamiken im Nahen Osten vor dem Hintergrund ihrer transnationalen Einbettung.

Der Beitrag von Stephan Stetter untersucht auf Grundlage weltgesellschaftstheoretischer Überlegungen aus der soziologischen Systemtheorie Entgrenzungsprozesse im Nahen Osten. Hierbei wird von zwei Grundüberlegungen ausgegangen. Erstens bedingt der Primat der funktionalen Differenzierung den Vorrang funktionaler Grenzen (d. h. Politik, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft, Religion etc.) vor segmentären (d. h. territorialen) und symbolischen (d. h. identitären) Grenzen. Dies hat, zweitens, erhebliche Auswirkungen auf zentrale Raumbegrifflichkeiten, die für die Analyse von Politik und Gesellschaft in der Region unersetzlich sind. Der Nahe Osten (oder andere Räume in der Region) *sind* nicht einfach objektiv vorgegeben, sondern erlangen ihre gesellschaftliche Bedeutung immer erst im Rahmen funktionaler – und das heißt immer: sich vor einem weltgesellschaftlichen Horizont abspielender – kommunikativer Aushandlungsprozesse. Der vorliegende Beitrag untersucht auf dieser Grundlage, wie Räume im Nahen Osten ihre politische Bedeutung immer erst im Rahmen eines solchen entgrenzten Zusammenhangs von Machtkommunikationen erlangen. Im vorliegenden Beitrag wird daher exemplarisch das politische System als

ein nur global zu denkender funktionaler Zusammenhang untersucht. Dies bedeutet gleichzeitig auch, dass Konzeptionalisierungen des Nahen Ostens als eines eigenen (Sub-)Systems der internationalen Politik letztlich weder theoretisch noch empirisch überzeugen können. Zur Untermauerung dieser These wird zum einen die Relevanz ‚Palästinas‘ als im Rahmen weltgesellschaftlicher politischer Prozesse sich bildender Semantik (mit höchst unterschiedlichen Bedeutungszuschreibungen) herausgearbeitet, zum anderen der Status Jerusalems als Welt-Stadt als Beispiel für emergente Strukturbildungen auf weltpolitischer Ebene hervorgehoben.

Renate Kreile untersucht in ihrem Beitrag die Geschlechterordnungen im Nahen Osten im Spannungsfeld von Transformation und Resistenz. Die Geschlechterordnung und die gesellschaftliche und politische Stellung der Frauen, die seit Jahrzehnten zu den Top-Themen in Debatten und Auseinandersetzungen in und um politische Entwicklungen im Nahen Osten gehören, haben seit den 1990er Jahren ihren Niederschlag in einem breiten Strom gendersensibler wissenschaftlicher Arbeiten gefunden. So hat unter anderem auch das Team des *Arab Human Development Reports* den Mangel an Geschlechtergerechtigkeit neben dem Mangel an Freiheit und an Bildung als zentrales Entwicklungsdefizit in der Region identifiziert (UNDP 2006). Die Autorin diskutiert, warum in der Region ungeachtet eines unübersehbaren sozialen Wandels fortdauernd eine besondere Resistenz patriarchalischer Strukturen zu verzeichnen ist, die sich nicht zuletzt im Familienrecht der meisten Staaten manifestiert, in dem die Frauen den Männern bei weitem nicht gleichgestellt sind. Zum zweiten werden Ausgangspunkte für eine Transformation und mögliche Demokratisierung der Geschlechterordnung identifiziert. Neben innergesellschaftlichen Determinanten werden dabei externe Einflussfaktoren wie ökonomische Globalisierung und Global-Governance-Bestrebungen berücksichtigt, die auf eine Transnationalisierung von Frauenrechten abzielen. Schließlich werden in handlungstheoretischer Perspektive die Strategien der Frauenbewegungen der Region im Hinblick auf ihr transformatives Potential evaluiert. Kreile argumentiert, dass unter den Bedingungen der aktuellen identitätspolitischen Mobilisierungsdynamik, die sich seit den Anschlägen vom 11. September 2001 entschieden verschärft hat, für kontroverse innergesellschaftliche Debatten um Frauenrechte vorläufig nicht allzu viel Spielraum bleibt.

Der Beitrag von Carmen Becker untersucht, wie die neuen arabischen Medien, allen voran das Satellitenfernsehen, den Raum für eine grenzübergreifende arabische Öffentlichkeit konstituieren. Der Beitrag argumentiert, dass die Bedeutung arabischer translokaler Satellitensender wie al-Jazira und al-Arabiya u. a. auch in der durch diese Medien vorgenommenen Neubestimmung der ‚islamischen‘ Identität liegt. Aufbauend auf post-strukturalistischen Identitätskonzepten

wird davon ausgegangen, dass im Rahmen des Zusammenspiels von translokaler Öffentlichkeit und Identität der Islam weniger als religiöse Doktrin, sondern vielmehr als (mit vielen Bedeutungen ausgestatteter) Teil des Subjektivierungsprozesses des Individuums eine zentrale Rolle einnimmt. Es wird gezeigt, dass in der konfliktgeladenen Öffentlichkeit des Nahen Ostens der Islam zum *master signifier* wird, der diskursive Bezüge ermöglicht und in seiner Abstraktheit eine Vielzahl von unterschiedlichen ‚Islamkonzeptionen‘ zulässt, die zu innermuslimischen Differenzen über die Definition von ‚muslimisch‘ und ‚islamisch‘ führen. Dies wird im vorliegenden Beitrag zum einen theoretisch als auch, auf Grundlage einer Medienanalyse verschiedener Sendungen aus al-Jazira und al-Arabiya, empirisch nachgezeichnet. Das Ergebnis ist nicht etwa eine Homogenisierung arabischer Öffentlichkeiten, sondern vielmehr die Fragmentierung der islamischen Autorität in der Region. Dies führt zu einer Vielzahl miteinander konvergierender und divergierender muslimischer Lebensentwürfe im Rahmen einer islamischen Hegemonie.

Cilja Harders untersucht in ihrem Beitrag die ägyptischen Kommunalwahlen als Beispiel für die vielfältigen lokalen Aushandlungs-, Widerstands- und Anpassungsprozesse, die die autoritären Regime des Nahen Ostens heute prägen. Die dabei vertretene Perspektive einer „Staatsanalyse von unten“ interessiert sich für die symbolisch-diskursiven, sozialen, politischen und ökonomischen Fundamente der politischen Systeme in der Region. Staatliche Herrschaft wird als Ausdruck alltäglicher Aushandlungsprozesse um Hegemonie konzeptionalisiert. Der Beitrag argumentiert, dass das Verhältnis von Staat und Gesellschaft in Ägypten seit den 1990er Jahren durch den „Sozialvertrag der Informalität“ geprägt ist, der anstelle einklagbarer staatsbürgerlicher Rechte informelle Teilhabemöglichkeiten bietet, deren Reichweite jedoch immer wieder einseitig durch das Regime bestimmt wird. Allerdings können Regime-Eliten nicht abgekoppelt von den jeweiligen lokalen Gesellschaften handeln, da sie darauf angewiesen sind, die Aufrechterhaltung ihrer Hegemonie nicht allein durch Repression, sondern vor allem durch die Inklusion lokaler Akteure, ihrer Interessen und Werte abzusichern. Am Beispiel der Kommunalwahlen von 1997 und 2008 werden die Konturen des politischen Systems Ägyptens „von unten“ gezeichnet. Dabei wird deutlich, wie autoritärer Machterhalt jenseits reiner Repression organisiert ist und wie er sich in die Diskurse und Akteurslogiken einschreibt. Der Staat in seiner Schwäche und Dysfunktionalität ist dabei gleichermaßen Ursache und Voraussetzung für die Entwicklung vielfältiger informeller Institutionen. Diese entleerten rechtsstaatlichen Institutionen und die inszenierten demokratischen Prozeduren entfalten jedoch eine schwache, aber erkennbare institutionelle Eigenlogik, die Ansatzpunkte für Forderungen nach mehr Rechten werden können, so das Fazit der Autorin.

## Literatur

- Bayart, Jean-François/ Mbembe, Achille/ Toulabor, Comi (Hrsg.) (1992): *Le Politique par le pas en Afrique Noire. Contributions à une Problématique de la Démocratie*. Paris: Karthala
- Beblawi, Hazem/ Luciani, Giacomo (Hrsg.) (1987): *The Rentier State*. London: Croom Helm
- Beck, Martin (2003): Die friedenspolitische Bedeutung internationaler Verteilungskonflikte um Erdöl für den Vorderen Orient. In: *Die Friedens-Warte*. 78.4. 2003: 317-34
- Beck, Martin (2007a): Paving the Way for Democracies or Strengthening Authoritarianism? Reforms in the Middle East. In: Fürtig (Hrsg.) (2007): 1-24
- Beck, Martin (2007b): Der Rentierstaats-Ansatz und das Problem abweichender Fälle. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*. 14.1. 2007: 43-70
- Binder, Leonard (1958): The Middle East as a Subordinate International System. In: *World Politics*. 10.3. 1958: 408-442
- Bourdieu, Pierre (1998): *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Brown, L. Carl (1984): *International Politics and The Middle East. Old Rules, Dangerous Games*. London: Tauris
- Buzan, Barry/ Wæver, Ole/ de Wilde, Jaap (1998): *Security: A New Framework for Analysis*. Boulder, Colo.: Rienner
- Elsenhans, Hartmut (1981): *Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt*. Frankfurt a. M.: Campus
- Fawcett, Louise L. (Hrsg.) (2005): *International Relations of the Middle East*. Oxford: Oxford University Press
- Fukuyama, Francis (1992): *The End of History and the Last Man*. London: Penguin
- Fürtig, Henner (Hrsg.) (2007): *The Arab Authoritarian Regime Between Reform and Persistence*. Newcastle: Cambridge Scholars Publishing
- Harders, Cilja (2002): *Staatsanalyse von unten – Urbane Armut und politische Partizipation in Kairo*. Hamburg: Deutsches Orient-Institut
- Harders, Cilja (2008): Analyzing Regional Cooperation after September, 11 2001: The Emergence of a New Regional Order in the Arab World. In: Harders et al. (Hrsg.) (2008): 33-50
- Harders, Cilja/ Legrenzi, Matteo (Hrsg.) (2008): *Beyond Regionalism? Regional Cooperation, Regionalism and Regionalisation in the Middle East*. London: Ashgate
- Hudson, Michael C. (Hrsg.) (1999): *Middle East Dilemma. The Politics and Economics of Arab Integration*. London: Tauris
- Ismael, Tareq Y. (1986): *International Relations of the Contemporary Middle East. A Study in World Politics*. Syracuse, N. Y.: Syracuse University Press
- Jünemann, Annette (Hrsg.) (2004): *Euro-Mediterranean Relations after September 11. International, Regional and Domestic Dynamics*. London: Cass
- Jünemann, Annette/ Michéle Knodt (Hrsg.) (2007): *Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union. European External Democracy Promotion*. München: Nomos

- Lerch, Marika (2004): Menschenrechte und europäische Außenpolitik. Eine konstruktivistische Analyse. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Migdal, Joel S. (2001): State in Society. Studying how States and Societies Transform and Constitute One Another. New York, N. Y.: Cambridge University Press.
- Pawelka, Peter (1993): Der Vordere Orient und die Internationale Politik. Stuttgart: Kohlhammer
- Pawelka, Peter/ Aves, A. Maho (Hrsg.) (1990): Arabische Golfstaaten in der Krise. Frankfurt a. M.: Fischer
- Perthes, Volker (2000): Vom Krieg zur Konkurrenz. Regionale Politik und die Suche nach einer neuen arabisch-nahöstlichen Ordnung. Baden-Baden: Nomos
- Rice, Condoleezza (2006): Transformational Diplomacy (Georgetown University, Washington D. C. 18. Januar 2006)  
online: <http://www.state.gov/secretary/rm/2006/59306.htm> (24.11.2008)
- Schmid, Claudia/ Pawelka, Peter (1990): Der moderne Rentier-Staat im Vorderen Orient und seine Strategien der Krisenbewältigung. In: Pawelka et al. (Hrsg.) (1990): 91-117
- Stetter, Stephan (2008): World Society and the Middle East: Reconstructions in Regional Politics. Houndsmill: Palgrave
- UNDP/ Arab Fund for Economic and Social Development (2002): The Arab Human Development Report 2002. Creating Opportunities for Future Generations. New York, N.Y.: United Nations Development Programme, Regional Bureau for Arab States
- UNDP/ Arab Fund for Economic and Social Development (2003): The Arab Human Development Report 2003. Building a Knowledge Society. New York, N.Y.: United Nations Development Programme, Regional Bureau for Arab States
- UNDP/ Arab Fund for Economic and Social Development (2005): The Arab Human Development Report 2004. Towards Freedom in the Arab World. New York, N.Y.: United Nations Development Programme, Regional Bureau for Arab States
- UNDP/ Arab Fund for Economic and Social Development (2006): The Arab Human Development Report 2005. Towards the Rise of Women in the Arab World. New York, N.Y.: United Nations Development Programme, Regional Bureau for Arab States

## **A. Renten und Transformation im Nahen Osten**

# Rente und Rentierstaat im Nahen Osten

*Martin Beck*

## 1 Einleitung

Noch vor einem guten Jahrzehnt war es auch in Kreisen der Forschungsgemeinde über den Nahen Osten – die arabische Welt, Iran und Israel – keine Seltenheit, dass man mit dem Begriff der Rente Irritationen hervorrief, weshalb man sich als Politologe ausgerechnet mit der eher randständig erscheinenden Frage der Alterssicherung in dieser Weltregion beschäftigte; auch kursierte der auf Exotik verweisende Witz, dass es bei der Beschäftigung mit dem Rentierstaat im Nahen Osten um die Analyse politischer Systeme einer arktischen Hirschart gehe. Exotik und Randständigkeit sind heute kaum mehr als Probleme der Forschung über Rente und Rentierstaat im Nahen Osten zu betrachten. Ausgehend vom angelsächsischen Raum und dem bei Croom Helm unter dem programmatischen Titel „The Rentier State“ veröffentlichten Sammelband von Hazem Beblawi und Giacomo Luciani (1987) fand der Rentierstaats-Ansatz in der Forschung über die politische und ökonomische Entwicklung im Nahen Osten weite Verbreitung. Die beiden zentralen Thesen des Rentierstaats-Ansatzes, dass sich in Staaten mit hohem Rentenbezug autoritäre Strukturen verfestigen und entwicklungspolitisch defizitäre Wege beschritten werden, sind heute in der wissenschaftlichen Literatur weitverbreitet. Die Erkenntnisse des Ansatzes fanden auch in der praxeologisch orientierten entwicklungspolitischen Debatte starken Niederschlag – am prominentesten ist hier der vom UNDP (United Nations Development Programme) herausgegebene erste *Arab Human Development Report* (2002) zu nennen. In einzelnen Fällen gelang sogar die Eroberung des Feuilletons (S. Zekri 2006).

Popularität hat seine Vorzüge, droht aber auch den Charakter zu verderben, und dies sowohl im Hinblick auf das Produkt als auch auf diejenigen, die das Produkt herstellen und vertreiben. So besteht die Gefahr, dass der Rentierstaats-Ansatz verwässert wird und der Begriff der Rente zu einer wenig trennscharfen Allerweltskategorie verkommt, mit der sich alles – und nichts – erklärt. Diejenigen, die sich mit Rentierstaaten im Nahen Osten beschäftigen, finden derart viele Fälle, auf die ihre Thesen zutreffen, dass sie sich den ungesunden Luxus leisten (können), unbequemen Fragen nach sachorientierten Innovationen und abweichenden Fällen aus dem Weg zu gehen. Darüber hinaus nährt Popularität

eher vorschnelle Kritik, als dass sie davor schützt. So wird beispielsweise immer wieder der undifferenzierte Vorwurf erhoben, der Rentierstaats-Ansatz sei seiner Natur nach unterkomplex, sprich deterministisch.

Vor dem Hintergrund dieses Popularitätssyndroms will der vorliegende Beitrag eine kritische Würdigung des Rentierstaats-Ansatzes leisten, wobei der Blick nach vorne gerichtet werden soll: Ziel ist es, die Perspektive für innovative Forschungsfragen zu schärfen. Dazu ist zunächst notwendig, den Begriff der Rente klar zu fassen und vor diesem Hintergrund zu klären, worin der grundlegende sozialwissenschaftliche Mehrwert liegt (Kap. 2). Darauf aufbauend werden systematisch Forschungsfragen abgeleitet (Kap. 3), die dann zu Forschungshorizonten erweitert und mit Illustrationen versehen werden sollen. Dabei geht es auch um eine Darstellung dessen, wie diese Fragen in der sozial-wissenschaftlichen Debatte über den Nahen Osten bereits Einzug gehalten haben. Eigentliches Ziel ist es aber, Forschungsdesiderate aufzuzeigen (Kap. 4). Abschließend sollen die Ergebnisse kurz zusammengefasst werden (Kap. 5).

## **2 Zum Begriff der Rente und seinem sozialwissenschaftlichen Mehrwert**

Eine Rente ist ein Einkommen, dem keine Investitions- und Arbeitsleistungen des Empfängers gegenüberstehen (M. Chatelus et al. 1984: 255). Damit ist die Rente grundlegend von anderen prominenten Einkommensarten, insbesondere dem unternehmerischen Gewinn oder Profit sowie dem Lohn oder Gehalt, abgegrenzt. Hieraus wiederum lässt sich unmittelbar der Ansatzpunkt für den Mehrwert des Begriffs aus sozialwissenschaftlicher Sicht ableiten: Die Rente steht dem Empfänger grundsätzlich zur freien Disposition. Dies liegt darin begründet, dass der zukünftige Bezug einer Rente – im Unterschied zu einem Profit – nicht davon abhängt, dass ein Großteil des Einkommens reinvestiert wird. Während ein kapitalistisches Unternehmen unter Marktbedingungen einen gut Teil seiner Gewinne wieder in den Wirtschaftsprozess einspeisen muss, um konkurrenzfähig zu bleiben, ist der Rentier hierzu nicht gezwungen (H. Elsenhans 1981: 147f.).

Die im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert global mit Abstand wichtigste Rentenart ist die Erdölrente. Friedemann Müller (2005: 198f.) gibt an, dass die durchschnittlichen Produktionskosten von Erdöl in der Golfregion bei zwei bis vier, außerhalb der OPEC (Organisation Erdölexportierender Länder) im Schnitt bei elf bis dreizehn US-Dollar liegen. Zur Befriedigung der globalen Nachfrage wird jenseits des Nahen Ostens, insbesondere in den USA und Russland, aber auch Erdöl gefördert, dessen Produktionskosten weitaus höher liegen. Auch wenn präzise Berechnungen aufgrund mangelnder statistischer Daten nicht möglich sind, ist davon auszugehen, dass die Preisuntergrenze für ein Fass Erdöl – d.

h. jener Preis, zu dem die Herstellung eines Fasses Erdöls betriebswirtschaftlich gerade noch rentabel wäre – global bei unter 25 US-Dollar pro Fass liegt, im Nahen Osten deutlich darunter (F. Müller 2005: 199). Die Differenz zum Verkaufspreis, der Anfang 2008 erstmals die Marke von hundert US-Dollar pro Fass überschritt, ergibt eine Rente, welche die marginalen Kosten um mehrere hundert Prozentpunkte übertrifft.<sup>1</sup>

Erlöse aus dem Erdölhandel sind demnach keinesfalls mit Rente gleichzusetzen. Dies wäre schon deshalb absurd, weil die Erdölexploration und -produktion mit sehr hohen Investitionskosten verbunden ist. Die Erdölrente ist vielmehr jener Anteil am Verkaufspreis, der die Produktionskosten plus einen durchschnittlichen Gewinn überschreitet. Darüber hinaus gilt es zu beachten, dass Rente keine exklusiv mit der Erdölproduktion verbundene Kategorie ist.

Jenseits der Erdölrente sind im Nahen Osten die politische Rente und die Migrationsrente die wichtigsten Rentenarten. Auch wenn diesen im Nahen Osten bereits früher eine gewichtige Rolle zukam und auch aktuell andere Quellen und Rentengeber eine zentrale Rolle spielen, so sind Erdölrente zum einen und politische Rente und Migrationsrente zum anderen historisch eng miteinander verbunden. Als die Erdölstaaten in den 1970er Jahren von starken Rentensteigerungen profitierten, überwiesen sie einen Teil ihrer Einnahmen an einkommensschwache ‚Bruderstaaten‘ in der Region und stärkten so die konservativen Segmente der Staatsbürokratien in der arabischen Welt. Gleichzeitig kompensierten die einkommensstarken Golfmonarchien ihre Bevölkerungsarmut durch den ‚Import‘ von Arbeitskräften und verhalfen auf diese Art der Migrationsrente zu hoher Prominenz in der arabischen Welt. So induzierte die Erdölrente, die extern von den Industriegesellschaften in den Nahen Osten floss, ein regionales System des Petrolismus.<sup>2</sup>

Politische Renten sind Transferzahlungen, unter die die klassische Entwicklungshilfe ebenso wie jene Budgethilfen fallen, die von den Golfstaaten in die Staaten des Maschriq, d. h. den arabischen Anrainern Israels, und den Maghreb, d. h. Nordafrika, fließen. Wenn mitunter der Eindruck entsteht, dass die politische der ökonomischen Rente nachgeordnet ist, so trifft dies historisch-genetisch auf den Nahen Osten im Rahmen des Petrolismus zu, ergibt sich aber nicht konzeptionell aus der Logik der Rententheorie. Politische Renten sind eindeutig Renten im Sinne der oben gegebenen Definition – Budgethilfen sind rentenlogisch im Vergleich zu Erdöl insofern sogar unkomplizierter, als bei ersteren kein signifikanter Anteil an Investitions- und Arbeitskosten auszumachen ist.

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu grundlegend auch Bernard Mommer (1983: Kap. 1) und Claudia Schmid (1991: Kap. 3).

<sup>2</sup> Der Begriff des Petrolismus wurde von Bahgat Korany (1986) geprägt.

Auch die Migrantenrente ist eine vollwertige Rente. Sie wird von privaten Haushalten bezogen, so auch im Nahen Osten, wo die Familien des Maschriq und des Maghreb Überweisungen der Wanderarbeiter insbesondere aus dem Golf beziehen. Der Einwand, dass in diesem Falle den Überweisungen Arbeitsleistungen gegenüberstehen, verfehlt den definitiven Kern von Rente: Es handelt sich um ein Einkommen, dem keine Arbeits- oder Investitionsleistungen *des Empfängers* gegenüberstehen.<sup>3</sup> Dass der Rentengeber eine Arbeits- oder Investitionsleistung aufwendet, ist durchaus als Normalfall zu betrachten: So muss die im Arbeitsleben stehende europäische Autofahrerin im Normalfall arbeiten, um sich Benzin kaufen zu können und damit nolens volens eine Rentenzahlung zu entrichten.

Im Nahen Osten finden sich durchaus weitere Rentenarten, denen allerdings in aller Regel nur einzelstaatliche oder lokale Bedeutung zukommt und/oder die einen geringen Umfang haben. Am wichtigsten ist die Lagerrente, die wiederum verschiedene Formen annehmen kann. So verdankt Ägypten seiner geopolitischen Lage, dass es aus dem Suezkanal Gebühren beziehen kann, die bei weitem jenen Betrag übersteigen, die sich aus den Instandhaltungskosten plus einem normalen Profit ergäben. Als eine andere Form der Lagerrente kann die Tourismusrente<sup>4</sup> begriffen werden: Auch sie ergibt sich aus Faktoren, die mit der geographischen Lage zu tun haben wie etwa warme Temperaturen, reizvolle Strände oder Bauten von kulturhistorischer und/oder religiöser Bedeutung. Im Tourismusbereich erscheint die Rente als jene Zahlung, die eine durchschnittliche Reisende über den Betrag hinaus entrichtet, die sie für dieselbe Leistung an Orten zahlen müsste, die nicht durch die Natur oder Geschichte privilegiert sind.

### 3 Forschungsfragen

Im Zentrum der sozialwissenschaftlichen Forschung zur Rente im Nahen Osten kommt dieser vorwiegend die Rolle der unabhängigen Variablen zu, d. h. die Rente wird als Explanans modelliert, mit Hilfe dessen empirische Phänomene des Nahen Ostens wie die starke Verbreitung autoritärer Systeme und die entwicklungspolitischen Defizite in der Region erklärt werden. Es stellt sich aber auch die Frage, wie sich die Existenz der Rente selbst erklärt. Entgegen einer verbreiteten, u. a. von Øystein Noreng (1981: 22) vertretenen Auffassung ist sie

---

<sup>3</sup> Im Falle der Konstituierung eines „innerfamiliären Kreditvertrages“ ist bei der Rentenberechnung zu beachten, dass vorher erbrachte familiäre Investitionsleistungen in die Ausbildung des Migranten nicht als Renten verbucht werden (B. Poirine 1997).

<sup>4</sup> Siehe hierzu Thomas Richter und Christian Steiner (2008).

kein „Geschenk der Natur“, vielmehr sind durchaus „menschliche Anstrengungen“ nötig, um sie zu erzeugen, insbesondere Kooperation (siehe Kap. 4.1).

Der Ansatzpunkt für den sozialwissenschaftlichen Mehrwert des Rentenbegriffs ergibt sich daraus, dass diese Einkommensart grundsätzlich zur freien Disposition steht. Dies impliziert, dass etwa die Thesen des Rentierstaats-Ansatzes nur auf solche Staaten zutreffen, die eine *Prädisposition* für autoritäre Strukturen besitzen. Aber auch wenn dies gegeben ist, gilt es zu beachten, dass die Thesen des Rentierstaats-Ansatzes voraussetzen, dass der Staat die Rente zu monopolisieren in der Lage ist. Für manche Rentenarten wie die Migrationsrente ist es aber charakteristisch, dass der Staat diese Position genau nicht inne hat.<sup>5</sup> Allgemein gilt für die Literatur zum Rentierstaat, dass sie häufig bestimmte Präferenzen des Empfängers oder Kontextfaktoren, die auf die Präferenzen einwirken, nicht ausreichend würdigt (siehe Kap. 4.2).

Auch der Geber der Rente kann deren Verwendung beeinflussen. Welche Arten von Gebern sind relevant und welche Bedeutung kommt ihnen zu? Bereits ein oberflächlicher Blick auf die politische Rente sensibilisiert dafür, dass deren Geber unter Umständen in der Lage ist, ihre Gewährung an Bedingungen zu knüpfen. Daraus ergibt sich das zentrale Forschungsdesiderat der Konditionalität, das aus rententheoretischer Sicht deshalb besonders interessant ist, weil hierdurch gleichsam durch die Hintertür die grundlegende Wirkung von Renten – die freie Disponibilität – auszuhebeln versucht wird (siehe Kap. 4.3).

Hieran schließt sich die Frage an, ab welcher Höhe die Rente die von der Rententheorie behaupteten Wirkungen entfaltet und ob und wie die Prägekraft der Rente mit ihrer Höhe variiert. Welche unterschiedlichen Typen von Akteuren, die durch die Rente geprägt werden, gibt es? Speziell in Bezug auf Rentierstaaten fragt sich, wie sich Varianzen des Verhaltens bei (ungefähr) gleich hohen Renteneinkommen erklären lassen (siehe Kap. 4.4).<sup>6</sup>

Die Logik rententheoretischer Argumentationen ist meist dem Paradigma des Rationalismus verpflichtet, d. h. es wird davon ausgegangen, dass Akteure bestimmte Ziele haben und unter den von ihnen wahrgenommenen Verhaltensoptionen jene auszuwählen fähig sind, die am besten geeignet sind, ihre Ziele zu erreichen.<sup>7</sup> In diesem Modell kommt der Rente die Rolle eines Kausalfaktors zu, der die Anreizstruktur verändert: Haben Akteure, die ihr Einkommen steigern wollen, die Wahl, dies über Renten oder Gewinne zu tun, so ziehen sie Renten vor, weil ihnen diese zur freien Disposition stehen (J. M. Buchanan 1980: 3f.).

---

<sup>5</sup> Siehe hierzu auch den Beitrag von Florian Kühn in diesem Band zur Drogenrente in Afghanistan, der Illegalität als eine Quelle von Rentenaneignung herausarbeitet.

<sup>6</sup> Siehe hierzu auch den Beitrag von Thomas Richter in diesem Band, der sich in seiner vergleichenden Studie mit der Varianz des Zeitpunkts von Wirtschaftsreformen in Rentierstaaten beschäftigt.

<sup>7</sup> Zum Zweckrationalismus in den Sozialwissenschaften siehe Jon Elster (1986a).

Es besteht aber durchaus Offenheit für konstruktivistische Einsichten: Renteneinkommen können Identitäten prägen, diese aber auch die Verwendung von Renten (siehe Kap. 4.5).<sup>8</sup>

Auch wenn die meisten rententheoretischen Arbeiten (primär) empirisch-analytisch ausgerichtet sind, so kommt doch häufig auch eine normative Dimension zur Geltung. Rent-Seeking zu betreiben ist zwar unter bestimmten Bedingungen individuell durchaus rational, kollektiv betrachtet aber immer suboptimal (D. N. Laband et al. 1988: 269f.). Ein Profit-Seeker ist aufgrund der Rahmenbedingungen, die der Markt setzt, gezwungen zu investieren, und somit nolens volens einen gut Teil seines Einkommens so einzusetzen, dass viele andere Akteure des Systems daraus einen Nutzen ziehen. Rentiers wie die Staatsbürokratien des Nahen Ostens hingegen können ihre Einnahmen häufig auf eine Art und Weise einsetzen, die implizit oder explizit als problematisch angesehen wird, so beispielsweise die Förderung autoritärer Strukturen und nepotistischer Systeme. Aus rententheoretischer Sicht ist das ‚normale‘ Verhalten des Rentiers zwar normativ problematisch, dies wird allerdings nicht auf ihn selbst, sondern auf die Kontextstrukturen zurückgeführt, denen er ausgesetzt ist. Es gilt, die normativen Verbindungslinien zwischen (primär) empirisch-analytischen Arbeiten und stärker politikberatenden Ansätzen ohne falsche Berührungsängste im Sinne einer gegenseitigen Befruchtung herauszuarbeiten (siehe Kap. 4.6).

Das Programm des Rentierstaats-Ansatzes besteht darin, theoriegeleitete empirische Forschung zu produzieren. Freilich hat sich der Rentierstaats-Ansatz stark auf der Basis empirischer Spezifika des Nahen Ostens entwickelt, insbesondere der Erdölrevolution der 1970er Jahre und der damit verbundenen Eskalation der Rentenströme in diese Weltregion. Vergleichsweise hierzu bildeten sich zur allgemeinen Rententheorie, die sich auf hohem sozialwissenschaftlichen Niveau mit zentralen Problemen wie dem Rent-Seeking beschäftigt, eher schwache Bande aus (grundlegend hierzu: J. M. Buchanan et al. 1980). Dadurch konstituiert sich ein doppeltes Desiderat. Zum einen sollte die rententheoretisch inspirierte Forschung über den Nahen Osten stärker als bisher geschehen von den theoretischen und methodologischen Einsichten der allgemeinen Rententheorie profitieren. Zum anderen sollten Einsichten des Rentierstaats-Ansatzes aber auch selbstbewusst in die theoretische Debatte eingespeist werden, denn obwohl keine Weltregion so stark wie der Nahe Osten von Renten geprägt ist, spielt er in der

---

<sup>8</sup> Siehe auch den Beitrag von Rachid Ouaisa in diesem Band, der rententheoretische Ansätze mit dem von Pierre Bourdieu geprägten Begriff des „symbolischen Kapitals“ verknüpft. Den Begriff der Rente mit jenem des symbolischen Kapitals zu verbinden ist sprachlich zwar insofern unglücklich, als Rente als ein Einkommen definiert ist, das sich fundamental von der für kapitalistische Systeme charakteristischen Einkommensart des Gewinns unterscheidet, die wiederum eng mit dem Begriff des Kapitals verbunden ist. Da beide Begrifflichkeiten wohl etabliert sind, ist dies aber hinzunehmen.

theoretischen Auseinandersetzung bisher eine untergeordnete Rolle (siehe Kap. 4.7).<sup>9</sup>

## 4 Forschungshorizonte

### 4.1 Rente und Kooperation

Eine Rente ist ein Einkommen, dem keine Arbeits- oder Investitionsleistung im kapitalistischen Sinn entspricht, ihr Erwerb erfordert aber in aller Regel Organisationsleistungen. Bei politischen Renten und Migrationsrenten ist dies offensichtlich: Um Budgethilfen und Zahlungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu erhalten, müssen Staaten Überzeugungsarbeit auf dem diplomatischen Parkett leisten; der Fluss von Migrationsrenten wiederum setzt die Existenz von Familienbanden voraus.

Aber auch die ‚Basisrente‘ des petrolistischen Systems im Nahen Osten, die Erdölrente, fällt den Staatsbürokratien nicht in den Schoß. Die Staaten Nordafrikas und insbesondere der Golfhalbinsel profitieren zwar von großen Lagerstätten, deren Produktionskosten unter dem globalen Durchschnitt liegen. Würden sie aber den sich daraus ergebenden marktwirtschaftlichen Anreizen folgen, ohne politisch zu intervenieren, würden die erdölexportierenden Staaten des Nahen Ostens ihre Produktion steigern – und damit die Rente langfristig minimieren. Die Produktionsbeschränkung der OPEC, die in den 1970er Jahren über eine Preisfestlegung arrangiert wurde und seit den 1980er Jahren auf der Zuweisung von Quoten basiert, ist die grundlegende Voraussetzung für ein hohes Niveau der Erdölrente. Der statistisch beeindruckende Indikator für die Effektivität der Produktionsbeschränkung ist das enorme Gefälle zwischen Weltmarktanteilen des Nahen Ostens und dem Anteil an den global nachgewiesenen Reserven: Während das Verhältnis von nachgewiesenen Reserven zur Jahresproduktion in Nordamerika 2006 bei deutlich unter zwanzig Jahren und in Europa/Eurasien kaum darüber lag, belief sich der entsprechende Wert für die Golfregion auf fast achtzig Jahre (British Petroleum 2007).

Die kooperationspolitische Herausforderung für die Erdölstaaten lässt sich spieltheoretisch als Dilemmasituation modellieren. Trotz des für die Erdölstaaten mit der Produktionsbeschränkung verbundenen günstigen Kollektivergebnisses des hohen Rentenniveaus besitzt jeder einzelne Staat jederzeit einen Anreiz, durch individuelle Verstöße gegen die zugewiesene Quote die eigenen Einnah-

---

<sup>9</sup> Siehe auch den Beitrag von Rolf Schwarz in diesem Band, der den Rentierstaats-Ansatz an Diskussionsstränge der Disziplin der Internationalen Beziehungen anbindet, insbesondere an die Debatte über die Rolle des Staates im internationalen System.